

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

23.6.1919 (No. 172)

Karlsruher Tagblatt

Wann immer in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.80 Mk. Vierteljährlich 5.70 Mk. an den Abonnenten abwärts monatlich 1.80 Mk. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebrocht Vierteljährlich 6.20 Mk. Ein-Nummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen: Die Bad. Morgenpost oder deren Mann 25 St. Reklame, 1 Wk. an gr. Stelle 1.20 Mk. Auf diese Preise 30% Zuerstauszahlung. Abent nach Zeit. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Anzeigen (ab 4 bis 4 Uhr nachmittags. Preisveränderliche. Geschäftsstelle Nr. 202. Berlin Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Schredakteur: Gustav Meppert; verantwortlich für Volkst.: Martin Solaniger; für Baden, Solales und Volkst.: Heinrich Gerhardt; für Reutlingen: Carl Seltmer; für Ingerate Paul Kukmann. Druck und Verlag: E. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., Kämpfstraße in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telephon-Umstand 2902. Für unverantwortliche Manuskripte oder Druckfäulen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erst, wenn Vorwort beifolgt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 23. Juni 1919

Nr. 172.

Die Zustellung der Antwort der deutschen Regierung.

Paris, 22. Juni. Gestandter v. Saniel hat im Auftrag des Reichsministeriums dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz vier Noten zu zustellen lassen.

1. Eine Note, in der Clemenceau die Zusammenziehung der neuen Reichsregierung mitgeteilt wird.

2. Eine Note, in der das Ergebnis der Abstimmung der deutschen Nationalversammlung bekannt gegeben wird.

3. Eine Note, in der Clemenceau zur Kenntnis gebracht wird, daß Gestandter v. Saniel bevollmächtigt ist, die Antwort der Reichsregierung auf die Note des Präsidenten zur Friedenskonferenz vom 16. Juni zu übergeben und Erklärungen abzugeben, Gegenerklärungen entgegenzunehmen und Verhandlung zu führen.

4. Die in der obigen 3. Note erwähnte Antwortnote der Reichsregierung auf die Note des Präsidenten der Friedenskonferenz vom 16. Juni d. J. Diese letzte Note ist die Erklärung der deutschen Regierung zur Frage der Annahme der Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen.

Weimar, 23. Juni. (Wolff.) Der Reichsministerpräsident hat im Namen der Reichsregierung gestern nachmittags durch den Gesandten v. Saniel zugleich mit dem Abstimmungsergebnis über die Vertrauensfrage eine Note überreicht, in der es u. a. heißt:

Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Angesichts der leidenschaftlichen Stundgebungen der Bevölkerung aus den im Osten abzutretenden Gebieten sieht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortungen für etwaige Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Lösung von Deutschland sich ergeben könnten, abzulehnen. Die Regierung aber ist bereit, die Forderung der Alliierten unter nachstehenden Vorbehalt zu unterzeichnen:

Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher deutscher Gefangener vom 1. Juli ab. Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen, sich aber betont, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten kann und daher jede Verantwortung über irgendwelche Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Unausführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfer Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in die Erscheinung tritt.

Sodann folgen die Vorbehalte gegen die alleinige Urheberhaftigkeit Deutschlands am Krieg und die Ablehnung der Artikel 227—230.

Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages annehmen werden. Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung abgerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem hohen Rate der Mächte, so wie er vom Völkerbunde nach Artikel 4 eingesetzt wird, zur Ratifizierung unterbreiten. Vor diesem hohen Rate sollen die deutschen Bevollmächtigten dieselben Rechte und Vorrechte genießen wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die das Recht der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die friedliche, gleichberechtigte, wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands gefördert wird.

Es folgt sodann, wie bereits gemeldet, die Zustimmungserklärung der Reichsregierung.

Die angelegliche Antwort der Entente.

Amsterdam, 23. Juni. (Wolff.) Das Reuters-Bureau meldet aus Paris, daß Clemenceau, Wilson und Lloyd George die deutsche Note, die um 7 Uhr abends eintraf, bereits beantwortet haben in dem Sinne, daß die Zeit für Diskussionen, Einbringungen, Vorbehalte vorbei ist und die deutschen Vertreter ungewidrig den Friedensvertrag als Ganzes, wie er vorliegt, annehmen müssen oder nicht. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchführung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen.

(Diese Meldung des Reuters-Bureaus steht mit der eilig aus, als daß man sie für Tatsache nehmen sollte. Solange keine offizielle Bestätigung aus Versailles vorliegt, wird man die scharfe Form als beabsichtigte Entstellung Reuters betrachten dürfen. Red.)

Zusammentritt des Reichskabinetts.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 23. Juni. Das Reichskabinetts tritt heute vormittags zu einer Sitzung zusammen. Dabei dürfte, u. a. auch die Entsendung einer neuen Delegation nach Versailles zur Unterzeichnung beschlossen werden.

Die Erhaltung der Reichseinheit.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 23. Juni. Bei den Beratungen im Schloß des alten wie des neuen Kabinetts über die Frage Annahme oder Ablehnung ist der Gesichtspunkt, auf den schließlich alles hinausläuft, die Frage gewesen: Wie erhalten wir die Reichseinheit? Einem entscheidenden Einfluß auf die Entscheidung hatte eine Erklärung jüdischer deutscher Staaten im Staatensouveränität gehabt, daß für den Fall eines feindlichen Einmarsches die Erhaltung der Reichseinheit auf das äußerste gefährdet erscheine.

Zugeständnisse an das Zentrum.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 23. Juni. Bei den Abmachungen über die Zusammenziehung des neuen Kabinetts ist, wie die „Germânia“ mitteilt, dem Zentrum je ein ständiger Vertreter im Reichsministerium und im Reichswirtschaftsrat zugesagt worden. Bei der Kabinettsbildung ist zwischen den beiden Parteien weiter vereinbart worden, daß die Forderungen des Zentrums auf kulturellem Gebiete berücksichtigt werden sollen. Die Hebernahme des Reichsfinanzministeriums durch das Zentrum ist davon abhängig gemacht worden, daß längstens innerhalb zweier Monate von der Nationalversammlung die Steuerfrage erledigt werden. Besonders das Kapitalertragssteuergesetz. Ferner schreibt die „Germânia“: Die Mehrheit, über die das Zentrum und die Sozialdemokraten verfügen, ist ja sehr schwach, aber sie wird genügen, um über die nächsten Wochen hinwegzukommen, hoffentlich bis zur Erzielung der Reichsvereinbarung. Alsdann würden ja Neuwahlen vorgenommen und eine neue Regierung gebildet werden müssen. Das Zentrum wird bei diesem Wahlkampf einen schwierigen Stand haben, weil man es für Dinge verantwortlich machen wird, an denen es gar keine Schuld trägt.

Das sächsische Kabinetts für die Unterzeichnung.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Dresden, 23. Juni. Das Gesamtministerium hat sich gestern bis auf ein Mitglied schweren Herzens für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen.

Verrentung der internierten deutschen Flotte.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 21. Juni. (Reuter.) Die Admiralsität teilt mit: Heute nachmittags ist eine Anzahl der internierten deutschen Schiffe in der Scapa-Flow-Bucht von den Befehlshabern verlassen und versenkt worden. Die Besatzungen befinden sich in sicherem Gewahrsam.

London, 21. Juni. Reuter meldet amtllich: Alle in der Scapa-Flow-Bucht internierten deutschen Schiffe und Schlachtschiffe sind versenkt worden. Desgleichen wurden 5 leichte Kreuzer versenkt, während die übrigen drei durch dort befindliche Schleppdampfer auf Strand gesetzt wurden. 18 Zerstörer wurden auf Strand gesetzt, 4 sind schwimmend, der Rest ist versenkt. Der Kommandant und die meisten Deutschen von Bord der Schiffe befinden sich unter Bewachung auf britischen Kriegsschiffen. Einige Boote von den Schiffen, die zum Stoopen angefordert wurden, weigerten sich, dies zu tun und wurden beschossen. Eine geringe Anzahl Deutscher wurde getötet oder verundet. Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen ohne britische Wache an Bord interniert gewesen.

London, 21. Juni. (Reuter.) Ein Telegramm aus Edinburgh meldet: Es waren Vorlesungen getroffen worden, um die deutsche Flotte am Montag zu besetzen, falls der Friede gezeichnet würde, da die Schiffe in diesem Falle automatisch in den Besitz der Alliierten übergegangen wären. Die deutschen Besatzungen der jetzt versenkten Schiffe hatten diese Absicht indessen voranzugehen.

Die Reichsregierung hat noch keine amtliche Mitteilung.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Versailles, 23. Juni. Die Nachricht von der Versenkung der deutschen Flotte hat in Paris unheimliches Aufsehen erregt. Aus den Bemerkungen der französischen Abendblätter geht hervor, daß die Franzosen den Engländern denen sie unangenehme Bemerkungen der deutschen Schiffsmannschaften vorwerfen, eine zum mindesten schärfliche Mitteilung über die Vorname in Scapa Flow erhalten. Nach dem Waffenstillstandsvertrag würde die Vernichtung militärischen Gutes an sich einen Bruch des Vertrages in sich schließen, in dessen man man erwarten, daß die Regierung unumwunden verantwortlich gemacht werden kann für eine Unbekanntheit Einzelner, mit denen sie keine Verbindung unterhält.

Eine halbe Million Tonnen versenkt.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 23. Juni. Ueber die Versenkung der deutschen Flotte erfahren wir noch von ausländischer Stelle, daß die Heberungsarbeiten wegen des eigenartigen Baues der Scapa-Flow-Bucht unmöglich sein dürfte. Die Versenkungen dürften durch Öffnen der Bodenkanten beschleunigt worden sein. Offenbar ist die Versenkung von den Engländern erst sehr spät bemerkt worden, sonst hätten sie bedeutend mehr Schiffe retten müssen. Der Wert der internierten Flotte wird amtllich auf 1 Milliarde 300 Millionen Mark geschätzt. Die Schiffe fanden unter dem Oberkommando des Kontradmiraals von Reuter. Die Mannschaften zählten etwa 3000 Mann. Im ganzen sind in der Scapa-Flow-Bucht rund eine halbe Million Tonnen versenkt worden. Es sind 12 Großkampfschiffe: Bayern, Baden, Kronprinz Wilhelm, Großer Kurfürst, König Friedrich, König Albert, Kaiserin, Kaiser, Prinzregent Luitpold, Ferner 5 Schlachtschiffe: Hindenburg, Derfflinger, Moltke, Seydlitz, von der Tann und die 8 kleinen Kreuzer: Karlsruhe, Mainz, Köln, Dresden, Emden, Frankfurt, Brummer, Bremse. Außerdem gehörten zur internierten Kriegsflotte 60 Torpedoboote.

Die entscheidende Sitzung der Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Von unseren Weimarer Vertretern wird uns gemeldet:

Der tragische Tag der Deutschen steht Weimar schon in den frühen Vormittagsstunden in sichtbarer Erregung. Wie bittere Ironie erscheint es, daß es Sonntag ist und die Glöden läuten. Natürlich war der Anbruch zu den Tribünen ebenso stark wie in den meisten Fällen vergeblich. Leider wieder machte sich das ausländische Element ziemlich bemerkbar. Um 12 Uhr fuhr das Ministerium vor, und die letzten Abgeordneten überschritten den sonntäglichen Zehnerplatz, der gegen den ungewohnten Anbruch des Publikums durch ein größeres Schuttmassenaufgebot abgeschlossen ist. Pünktlich um 12¹⁵ Uhr ist dann alles auf seinem Platz. Und wenige Minuten später nach der geschäftsmäßigen Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten erfolgt der neue Reichsministerpräsident Bauer das Wort.

Der erste brünette Mann kann nur schwer seine innere Erregung verbergen, aber gerade darum machen seine Worte umso mehr den Eindruck der Echtheit. Er gibt schüchtern und offen noch einmal eine kurze Darstellung des Kabinettswechsels. In der alten Regierung war eine Einheitsliste in der Friedensfrage nicht zu erzielen, weil nicht nur die Fraktionen darin, sondern auch die einzelnen Persönlichkeiten sich gegenüber fanden. So haben andere Männer oder doch eine andere Zusammenziehung unter schweren inneren Kämpfen die Verantwortung für die Unterzeichnung des Unrechtsfriedens übernehmen müssen. Auch die heutige Regierung hat für keinen Standpunkt Verständnis. Sie mußte sich vor allem über Selbstauflösung sagen, daß eine Ablehnung des Friedens heute in Wahrheit nicht etwa die Abwendung seiner Bedingungen bedeutet und daß sie in erster Linie die Verantwortung trage.

Aus allen Worten dieses geraden, herben und einfachen Mannes klingt ebenso deutlich wie aus denen seines Fraktionsgenossen Dober-Weeslau, des ersten Parteiredners, hervor, wie schwer die deutsche Sozialdemokratie durch das Ausbleiben einer verständnisvollen und tatkräftigen Hilfsaktion ihrer ausländischen Genossen betroffen ist. So sehr sie sich also heute darauf beschränkt, durch den Mund des Ministerpräsidenten und ihres Parteiredners noch einmal zu erklären, daß keine Unterfertigung des Protokolls gegen die Unmöglichkeit der Friedensbedingungen entkräften kann, und daß dieser Protokoll für alle Zukunft bestehen wird. Ganz aufrichtig war das Bedauern Herrn Bauers darüber, daß es allen Bemühungen nicht gelungen sei, die Demokraten bei der alten Regierungsmehrheit zu halten, und die Abschiedsworte an die bisherigen Kollegen konnten nur sympathisch herüberhören.

Für das Zentrum betonte der alte Herr Groeber vor allem den Zwang, einen neuen Krieg unter allen Umständen zu vermeiden. Auch für ihn kann die Unterfertigung des Protokolls nur eine Pflichterfüllung sein, was eben menschenmöglich ist, zwingen. Dann protestiert er mit tiefer Bewegung gegen das erzwungene Verbleiben unserer allerniedrigsten Kriegsschuld und gegen die Auslieferung angeblich deutscher Kriegsverbrecher. Er war es aber auch, der auf die heilige Aufgabe hinwies, die Reichseinheit auf jedem Wege zu sichern. Vielleicht weiß er eben noch besser als andere, wie schwer diese schon bedroht ist.

Mit großer Spannung wurde das Auftreten des nach dem Militär Herrn Bauers zum Fraktionsführer gewordenen Herrn Schäffer erwartet. Er zeigte sich wieder als glänzender Redner, und sein nationales Pathos wirkte auch durch die kräftige Wahrung eines unabhängigen Zwischenschusses. Er gab eine Entwidlungsgeschichte seiner Partei in der Friedensfrage, durch die sie jetzt von der alten Mehrheit hinweg an die Seite der Rechten geführt worden ist. Mit Recht wundert man sich aber, daß dieser geschickte Parlamentarier dabei so auffällig in die Debatte über die Friedensfrage noch einen Protest gegen die wirtschaftliche Zwangs- und Manipulation der Regierung hineinbrachte. Gerade, wenn man in dieser Hinsicht völlig auf seinem Boden steht, muß man das bedauern, weil es zweifellos den Gegnern Anlaß zu aggressiven Behauptungen geben wird. Es dürfte leicht der Verdacht entstehen, daß die Friedenshaltung durch andere Erwägungen beeinflusst wird.

Von der Opposition sprachen für die äußerste Linke Herr Haase, der seine Erklärung von der Notwendigkeit der Unterzeichnung doch auch mit dem Protest der Ungeheuerlichkeit der Bedingungen verband und natürlich noch einmal seine ganze Galle gegen die Schuldigen des alten Regimes verfrüchte, der aber endlich auch notgedrungen die Wahrheit bekannte, daß nämlich an eine Weltrevolution in absehbarer Zeit nicht zu denken sei. Ungefährlich lang, alle in den letzten Jahren bis zum leidigen Überdruß erörterten Kriegsfragen noch einmal vorbringend, hellenweise aber auch noch sehr scharfer Kritik gegen die Regierung und das neue System, war der alte Graf Josadovsky, und ebenso lang und weitläufig Professor Rahl von der Volkspartei. Beide machten aber durch den tiefen schmerzvollen Patriotismus ihrer Worte Eindruck.

Darauf wurde Schluß der Debatte beantragt, wogegen von den Vertretern der Mittelparteien und auch dem bayerischen Bauernbündler Heim vergeblich Einspruch erhoben wurde.

Die Abstimmung erfolgte, wie das erklärlich ist, unter gespanntester Aufmerksamkeit des ganzen Hauses, besonders auf den Tribünen. Als der Präsident das Ergebnis verlas, entstand selbstenlanges Schweigen. Dann verließen alle schnell das Haus.

Der Verlauf der Sitzung.

Weimar, 22. Juni. Das Haus ist stark besetzt. Die Tribünen sind überfüllt.

Der Präsident Heinenbach eröffnet die Sitzung kurz nach 12¹⁵ Uhr.

Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der deutschen Reichsregierung.

Die Erklärung der Regierung.

Reichsministerpräsident Bauer

midnet den ausstehenden Ritalien der Regierung Parte marmen Dankes für ihre hinabende und verantwortungsvolle Tätigkeit, ebenso der Friedensdelegation. (Beifall links.) Der Akt der Zusammenziehung des Kabinetts erfolgte, weil sich die Initiatoren über den Friedensentwurf geeinigt haben, aber nicht getrennt nach Parteien, sondern getrennt nach dem Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen Ministers. Unendlich schwer war für uns alle der Entschluß, der neuen Regierung beizutreten, deren erste und letzte Aufgabe es sein muß, den Unrechtsfrieden abzuschließen. Wir stehen nicht aus Parteierwägungen an dieser Stelle, wir stehen hier aus Pflichtgefühl, aus dem Bewußtsein, daß es unsere herkömmliche Schuldhaftigkeit ist, zu retten, was zu retten ist. Die Nichtteilnahme der Demokraten behaupten wir aufrichtig. Das Programm des neuen Kabinetts wird daselbst bleiben, das der Regierung Scheitern ausruhen gelassen hat. Wenn ich bei der Hebernahme meines amtierenden Amtes eine Bitte ausbreiten darf, so ist es die: Lassen Sie die Kräfte der Anna hie über die Ablehnung, nicht zur Parteifrage werden! Lassen Sie auf der einen Seite nicht, daß die Verantwortlichen der Ablehnung vollstrenge, Chaubinisten der Interessententlicher seien, glauben Sie aber auch nicht, daß sich diejenigen, die sich notgedrungen und unter Selbstüberwindung zur Annahme durchzuerkennen haben, feig oder schamlos sein und kein Gefühl für nationales Rechtsbewußtsein haben. Die Zeit der Ermahnungen und Ermahnungen ist vorüber. Die Stunde der Handlung ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortlichkeit. In dieser Verantwortung trägt jeder von Ihnen seinen Teil. In einem und wir alle einig, in der schärfsten Beurteilung des neuen Kabinetts, das dem wir unter unerbittlichem Zwang unsere Unterfertigung abgeben sollen. Am Montag abend soll der Krieg aus neue beenden, wenn nicht unter Na aneben wird. Es soll der Vormarsch beenden, an dem feindliche Wundinstrumente bereit stehen, gegen ein wehrloses und maffenloses Volk. An dieser Stunde auf Leben und Tod, unter dem drohenden Feindmarsch erhebe ich am letzten Male in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und der Vernichtung. Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts gegen diese Verletzung des deutschen Volkes, gegen diese neue Bedrohung des Volkfriedens unter der Maske eines Friedensvertrages. Keine Unterfertigung entkräftet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben und behaupten. (Beifall.) Die Regierung hat davon abgesehen, aus der fast unübersehbar Reihe mehr oder minder unerträglicher Bedingungen die eine oder andere abzubauen. Die Regierung muß dem Redner tragen, daß sie das Volk innerhalb 48 Stunden vor einen neuen Krieg stellen kann, dem die Ablehnung wäre keine Abwendung des Vertrages. Ein Nein wäre nur eine kurze Ausatmung des Na. Wohl gibt der Vertrag selbst eine Sandhaube, die wir uns nicht entziehen lassen können, die feierliche Aufgabe der Entente in ihrem Memorandum vom 16. Juni, daß die Revision des Vertrages von Zeit zu Zeit eintreten und er den neu eintretenden Verhältnissen angepaßt werden kann.

Am Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß in Würdigung aller dieser Umstände und mit Vorbehalt der Ratifikation der Nationalversammlung die Regierung sich entschlossen hat, den Friedensvertrag zu unterzeichnen zu lassen. Wenn sie jedoch unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht in dem Entschluß, dem unfaßbar leidenden deutschen Volk eine neuen Krieg, die Verwirklichung der nationalen Einheit durch weitere Verletzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und die unbarmherzige Säugere zurückhaltung der Kriegsaufgaben zu erlauben. Die Regierung verpflichtet sich, will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit Rückhalt

Regierung das „Annehmbar“ den Feinden gegenüber mit innerer Geschlossenheit und folgerichtig...

Die bisherige Reaktion hat ihre dringendsten Aufgaben erfüllt. Sie hat in den gefährlichen Monaten nach dem Zusammenbruch der Regierung...

Die weiteren Aufgaben, die sich die bisherige Regierungsmehrheit gestellt hatte, werden wir fördern. Zur Mitarbeit im Rahmen unserer Grundzüge...

Pauer hat den Vorsitz in der demokratischen Fraktion niedergelegt. Dieser Schritt erklärt sich daraus, daß Pauer in der Widerwartung...

Zu der Stellungnahme der Deutschen Demokratischen Partei schreibt die „Frk. Bl.“ in der ersten Ausgabe...

Es hat lange gedauert, bis man endlich zu dieser Klärung kam, die sich ja von dem Augenblicke an, als die unglückliche Politik der Demokraten festlag...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die neue Regierung hat man durch den Versuch zu verstehen, einige Mitglieder der Demokratischen Fraktion...

Die deutsche Republik. Verdreifachung der Warenumsatzsteuer? (Eigener Bericht.)

I. Berlin, 22. Juni. Wie verlautet, wird das Reichsfinanzamt dem Staatenschatz unter den neuen Steuerplänen eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer von 5 pro Mille auf 15 pro Mille vorschlagen...

Murgalsbahn. (Von unserem Stuttgarter Korrespondenten.) Stuttgart, 21. Juni. Der Ausbau der Murgalsbahn...

Die 14 Punkte der Münchener Sozialdemokratie. (Nachmeldung aus Münchener Korrespondenten.) München, 21. Juni. Der Aktionsauschuß der Sozialdemokratischen Partei...

Badische Politik. Hauptversammlung des Landesverbands städtischer Beamter. (Eigener Bericht.)

Freitag abend fand nach mehreren zuvor abgehaltenen vorbereitenden Vorstandssitzungen die diesjährige Hauptversammlung des Landesverbands städtischer Beamter...

Freitag abend fand nach mehreren zuvor abgehaltenen vorbereitenden Vorstandssitzungen die diesjährige Hauptversammlung des Landesverbands städtischer Beamter...

Freitag abend fand nach mehreren zuvor abgehaltenen vorbereitenden Vorstandssitzungen die diesjährige Hauptversammlung des Landesverbands städtischer Beamter...

Freitag abend fand nach mehreren zuvor abgehaltenen vorbereitenden Vorstandssitzungen die diesjährige Hauptversammlung des Landesverbands städtischer Beamter...

Freitag abend fand nach mehreren zuvor abgehaltenen vorbereitenden Vorstandssitzungen die diesjährige Hauptversammlung des Landesverbands städtischer Beamter...

Die Ausschreitungen in Mannheim.

Bei den Unruhen am Samstag wurden, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, 11 Personen verletzt und 54 schwerer oder leicht verletzt. Die am Samstag in Mannheim verbreitete Ansicht...

Mannheim, 23. Juni. Die Nacht zum Sonntag wie auch der Sonntag vormittag sind ruhig verlaufen. Nur vereinzelt fielen hier und da noch einige Schüsse. Militärische Verstärkungen sind eingetroffen.

Aus Baden. Erhöhung der Schlachtviehpreise.

Das Reichsernährungsministerium hat nach Anhörung der deutschen Preisstellen die Schlachtviehpreise für Rinder mit sofortiger Wirkung in folgender Weise erhöht: Für Schlachtklasse A 180 Mark für den Zentner ab Stall...

II. Bruchsal, 23. Juni. Auf eine 40jährige Berufstätigkeit konnten hier gestern die Hebammen Anna Götterich und Josephine Strad zurückblicken. Wie Frau Strad mit Stolz erzählt, ist ihre berufliche Hilfe in 4126 Fällen in Anspruch genommen worden.

II. Wroheim, 23. Juni. Von einer Auf zu Tode gedrückt wurde in Wroheim ein bei Mühlacker der Landwirt Jakob Müller. Der 60 Jahre alte Mann wollte der Kuh Futter geben, als das Tier ihn umstieß und ihn so unglücklich mit dem Falle gegen den Futtertrog presste, daß M. erstickte.

Schwetzingen, 23. Juni. Der Gendarmenrat ist es gelungen, drei gefährliche Einbrecher, die Gelegenheitsarbeiter Heinrich Gnaelhardt, Karl Keller und Josef Friedmann, zu verhaften. Die in der letzten Zeit zahlreiche Einbruchsdiebstähle verübten. Die Verhafteten waren mit Rehaltern beauftragt.

Ueberlingen, 23. Juni. Brina Mar hat seine Verwaltung angetreten, auf sämtliche Fischerberechtigungen in öffentlichen Gewässern auszuweisen der betreffenden Gemeinden ohne Entschädigung zu veranlassen.

Konstanz, 21. Juni. Bei einem Gemitter schlug der Wik in Altmansdorf in das Anwesen des Fischers Rudolf Scherer. Das samt allen Mobiliarien vollständig zerstört wurde.

Witten in die Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat zur Erleichterung von Reisen in die Schweiz Anordnungen getroffen, nach denen die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate im allgemeinen von sich aus Einreisebewilligungen beschränkter Art erteilen können.

Aus dem Stadtkreise. Infolge der Unruhen in Mannheim wurden am Samstag abend kurz nach 10 Uhr die Kreis- und Truppen durch Signalalarmiert.

Standesbuch-Auszüge. Verbindungsstelle und Tranchens erwachsener Verdorbenen. Montag, 23. Juni, 412 Uhr: Karl Bauer (Gehrer), Reinhold A. M., Berberich, 71a, 41 Uhr: Wille, 8 n. c. s., Braumüllers-Beckman, Bultsch, 1. - 2 Uhr: Carl Heller, Maier, Deumelstr. 8. - 4 Uhr: Maria Gebmann, Hof-Büchers-Beckman, Durlacher Allee 40.

Letzte Nachrichten. Cassel im Belagerungszustand.

Cassel, 23. Juni. Nach einer Mitteilung des Generalcommandos ist am Samstag über den Stadtbezirk Cassel der Belagerungszustand verhängt worden. Die nötigen militärischen Sicherungen des Bahnhofes usw. sind erfolgt.

Die Lage in Deutsch-Oesterreich. Wien, 21. Juni. (Wolff.) Der Sonderberichterstatter der „Neuen Freien Presse“ in St. Germain erzählt, die deutsch-österreichische Delegation trage sich mit Rücksicht auf die Vorgänge in der

Seimat mit dem Gedanken, nach Wien zurückzukehren. Ein kleines Bureau werde in Germain bleiben.

Mündliche Verhandlungen in St. Germain. (Eigener Drahtbericht.)

6. Wien, 23. Juni. Der deutsch-österreichischen Friedensabordnung in St. Germain ist mitgeteilt worden, daß über den Schlußteil der Friedensbedingungen, namentlich die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen mündliche Verhandlungen alsbald eröffnet werden sollen.

Wien, 21. Juni. Nach Meldungen aus St. Germain hat der Riererrat bereits einen Entwurf der finanziellen Bedingungen für Deutsch-Oesterreich entworfen, doch ist es auch für die Entente kaum möglich, allen Wünschen der Nachfolgenden entgegenzukommen, zumal bei diesen selbst keine Einigkeit besteht.

Die ungarischen Operationen.

Wien, 21. Juni. (Wolff.) Der „Neue Tag“ erzählt aus Ententekreisen: Das Ziel der ungarischen Operationen ist die Besitzergreifung oder zumindest die Unterbrechung der Eisenbahnlinie Lundenburg-Oderberg. Die weitere Absicht Bela Kun's geht dahin, die Verbindung zwischen der Entente und Polen zu zerreißen.

Die Krise in Italien.

Bern, 21. Juni. (Wolff.) Eine römische Korrespondenz des „Avanti“ schreibt, daß für den Fall, daß Giolitti ein Kabinett Pitti-Tittoni dem König empfehlen sollte, dies bald gebildet sein würde.

Rom, 21. Juni. (Stefani.) „Giornale d'Italia“ schreibt zur Demission des Kabinetts, daß allein entscheidend gewirkt habe, daß die Rechte Italiens gewahrt und die Früchte des Sieges gesichert werden müßten.

Ein Zwischenfall in der französischen Kammer.

Paris, 21. Juni. In der asiatischen Kammer der Abgeordneten veranlaßte der Abgeordnete Cadin über Dokumente an interpellationen, die ein Komplotz zwischen der deutschen Regierung und einigen Mitgliedern der französischen Parlamente betreffen.

Zerstörung von englisch-amerikanischem Kriegsmaterial.

Verailles, 23. Juni. Seit einigen Tagen berichten Pariser Zeitungen, die englisch-amerikanischen Seereschiffe hätten Kriegsmaterial, das sie nicht beibehalten können, darunter Tausende von Automobilen, Umhängen von Bekleidungsgegenständen, Fischen, Stühlen, Eisenbahnmaterial und so weiter vernichtet.

Sport.

Pokal-Entscheidungsmaß in Wroheim. Vor einer zahlreichen Zuschauermenge fand am dem Spielplatz im Brüninger Tal das Pokal-Entscheidungsmaß im Fußball zwischen Union (Stuttg.) und Fußballklub Wroheim statt.

Vom Wetter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with 7 columns: Orts, Zeit, Barom., Therm., Wind, Bewölk., Windgeschw. and 7 rows of weather data for Karlsruhe.

Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr. 23. Juni. Schiffermühl ... m, Wehl ... m, Maxau ... m, Mannheim ... m.

Letzte Nachrichten.

Wien, 21. Juni. (Wolff.) Der Sonderberichterstatter der „Neuen Freien Presse“ in St. Germain erzählt, die deutsch-österreichische Delegation trage sich mit Rücksicht auf die Vorgänge in der

